„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 02/2020**

27. Jahrgang **8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. März 2020**

„Sichere Häfen für Minderjährige öffnen“
Potsdam bietet erneut Hilfe an



Erschüttert verfolgen auch viele Potsdamer*innen die Ereignisse der letzten Tage an der türkisch-griechischen Grenze, wo tausende, vor allem syrische Flüchtlinge von der Türkei an die europäische Außengrenze transportiert werden. Griechenland hat seine Grenzen geschlossen und verhindert den Zugang auf das EU-Gebiet zum Teil mit Waffengewalt. Griechenland fühlt sich von der EU im Stich gelassen. Denn die auf griechischer Seite bestehenden Flüchtlingslager sind hoffnungslos überlastet. Bereits über 100 deutsche Kommunen haben sich deshalb im Bündnis „Sichere Häfen“ zusammengeschlossen und bieten freie Aufnahmekapazitäten vor allem für eine Gruppe der geflüchteten an – die unbegleiteten Minderjährigen – Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern und erwachsene Begleitung auf der Flucht sind. Geschätzt 5.400 von ihnen halten sich derzeit allein in den griechischen Flüchtlingslagern auf. Mit einem Dringlichkeitsantrag auf Initiative der LINKEN, dem sich auch SPD, Grüne und die aNDERE als Miteinbringer*innen anschlossen, appellierten die Potsdamer Stadtverordneten deshalb an die Bundesregierung, sofort legale Einreisewege für die Kinder und Jugendlichen zu öffnen, für die bereits Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung stehen. 5 Plätze sind dies momentan in Potsdam – über 500 gemeinsam mit den anderen Kommunen im Bündnis „Sichere Häfen“. Es gehe nicht darum, alle Menschen aufzunehmen, sondern vor allem den Kindern und Jugendlichen wirksam zu helfen, so der Antrag. Die vorhandenen Möglichkeiten nicht umgehend zu nutzen, sei nicht nur zynisch, sondern schlicht unterlassene Hilfeleistung, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg im Plenum. Weiter betont der Antrag, dass bei entsprechender Unterstützung durch die Landes- und Bundesregierung zügig auch weitere Kapazitäten geschaffen werden könnten. Menschenrechte seien unteilbar, ihr Geltungsbereich könne nicht an der Außengrenze der EU enden, so Wollenberg. Die Stadtverordneten setzten gemeinsam ein klares Signal: einmütig, lediglich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, verabschiedeten sie den Appell an die Bundesregierung. Diese muss nun endlich handeln! Und auch ganz praktisch wurde Hilfe geleistet. Bei einer spontanen Spendensammlung im Plenarsaal – ebenfalls auf Vorschlag der LINKEN, kamen 300,50 Euro zusammen, die an den Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ übergeben werden. Davon werden Medikamente für den Einsatz in den Lagern auf Lesbos beschafft.

Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



*Zum ersten Mal tagten die Stadtverordneten mit ihrer vergangenen Sitzung am neuen Ort – dem Brandenburg-Saal der IHK an der Breiten Straße. Der Plenarsaal des Rathauses war ja schon länger in der Diskussion: zu wenige Gästeplätze, mangelnde Rettungswege und schlechte Lüftungsverhältnisse machten so manche Sitzung besonders anstrengend. Die Brandschutzmängel veranlassten den Vorsitzenden der SVV und den Oberbürgermeister schließlich, nach Alternativen zu suchen. So ganz glücklich war nicht jeder Stadtverordnete mit der neuen Tagungsstätte. Außerhalb des Rathauses, ohne Zugriff auf die digitalen Sitzungsunterlagen, in neuer, ungewohnter Sitzordnung – die Premiere hatte noch etwas Übungscharakter. Aber bei Lichte betrachtet lässt sich kaum bestreiten: die Arbeitsbedingungen während der Sitzung haben sich deutlich verbessert. Vor allem aber sind die Bedingungen für Besucher*innen deutlich besser geworden: der Saal ist gewachsen, dementsprechend steht eine deutlich größere Zahl von Zuschauerplätzen zur Verfügung. Ein barrierefreier Zugang ist gesichert, auch für Rollstuhlfahrer*innen bestehen keine Einschränkungen.*

Eine gute Gelegenheit also, sich vielleicht in einer der kommenden Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung einmal selbst ein Bild von der Arbeit ihrer Stadtverordneten zu machen und auch das direkte Gespräch zu suchen. Transparenz ist wichtig – insbesondere in einem Kommunalparlament. Ich lade sie herzlich ein!

Ihr

Stefan Wollenberg

Wortmeldung

Für eine gute Entwicklung der Stadtteile

Das Leben in der Stadt findet in ihren Stadtteilen statt. Das stellt uns vor die Herausforderung, die Lebensbedingungen in den Kiezen zeitgemäß zu entwickeln. Mit einem Beschluss der SVV in der vergangenen Wahlperiode haben wir dafür gesorgt, dass die Waldstädte I und II einen eigenen Stadtteilrat bekommen, um besser auf die Aufgaben vor Ort eingehen zu können. Allerdings wurde dieser Beschluss bisher nicht umgesetzt. Wir bleiben aber dran!



In den Waldstädten geht es vor allem darum, die bestehende Infrastruktur zu erhalten, dafür die erforderlichen Bedingungen zu schaffen und sie entsprechend der Bedürfnisse der Anwohnenden auszugestalten. Eine wichtige Ressource ist die bessere Vernetzung aller Akteure. Dazu hat sich bereits ein Netzwerk gegründet. Dieser ehrenamtliche Zusammenschluss soll nun gemäß eines neuen Antrages durch eine hauptamtliche BürgerInnenkoordination unterstützt werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass die vielfältigen Gestaltungsprozesse durch ein Stadtteilmanagement koordiniert werden müssen, nicht nur in Potsdam Süd.
Das Sich-Kümmern um Probleme und Herausforderungen in unseren Wahlkreisen, um die Sorgen der dort Lebenden ist ein wichtiger Aspekt unserer Stadtverordnetentätigkeit. Es macht Arbeit, aber auch Spaß.
Dr. Sigrid Müller

Mehr Schulgärten für Potsdam

Über die Hälfte der Potsdamer Grundschulen hat keinen Schulgarten. Dabei sind sie der Grundstein für gesunde und nachhaltige Ernährung. Laut Antwort der Verwaltung auf eine Kleine Anfrage (Ds. 19/SVV/1246) gaben zwölf von 20 Grundschulen an, über keinen Schulgarten zu verfügen. Nur eines von sechs Potsdamer Gymnasien besitzt ein Areal, das die Schüler*innen selbst bewirtschaften können. Bei den Gesamtschulen haben nur vier von acht Einrichtungen einen Schulgarten, bei den Ober- und Förderschulen sind es fünf von sieben.
DIE LINKE fordert die Stadt auf, dass eine Konzeption zur Stärkung der Angebote von Schulgärten in allen Schularten zu erarbeiten ist. In einer Zeit, in der der Bezug zur Natur zunehmend verloren geht, ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewusst zu machen. Viele sind erstaunt, wenn sie einen Geruch oder Geschmack, den sie aus ihrem Alltag kennen, an einer Pflanze im Kräuterbeet wiederfinden. Auch die eigene Herstellung von Lebensmitteln fördert einordnendes und verknüpfendes Denken und schult vielfältige Kompetenzen. Im Schulgarten können die Schüler*innen Kreisläufe der Natur erfahren: Sie pflanzen, beobachten das Wachstum, ernten und bereiten aus den Erträgen Essen zu. So begreifen sie durch ihr eigenes Handeln und Erleben wichtige Zusammenhänge. Handlungsorientiertes Wissen über unsere Nahrung ist ein Grundstein zu lebenslanger gesunder, nachhaltiger und regionaler Ernährung. Damit kann man nicht früh genug anfangen. Daher muss die Stadtverwaltung dringend nachsteuern.
Zur Kompensation bestünden zum Teil Kooperationen mit Landwirten oder anderen außerschulischen Partnern, teilte das Rathaus mit. Doch auch dieses Potenzial wird zu wenig genutzt. So kooperierten zum Beispiel nur vier Schulen mit Landwirten und 14 Einrichtungen mit außerschulischen Partnern zum Thema Ernährungsbildung oder Schulgarten.

Fragen – Antworten

Runderneuerung Wasserspielplatz im Volkspark

Der Wasserspielplatz im westlichen Volkspark soll in Teilen bis zum Sommer 2020 saniert werden, da viele der Spielgeräte aus Holz, etwa die Spielschiffe, in die Jahre gekommen sind. Der Abgeordnete Sascha Krämer (DIE LINKE) fragte die Verwaltung nach dem Stand des öffentlich ausgeschriebenen Verfahrens für die Ideenentwicklung und die Umsetzung des Umbaus des Wasserspielplatzes. Diese teilte mit, dass die Umbauarbeiten am Wasserspielplatz im April beginnen und im Mai abgeschlossen werden. Die Kinder können sich jetzt schon auf einen schönen Sommer auf dem Spielplatz freuen.

Geldautomaten in kommunalen Einrichtungen

Wo und wie können die Bürger*innen der Stadt Potsdam für Verwaltungsleistungen im Rathaus bezahlen? Bargeldlos wird immer öfter genutzt, darum fragte der LINKE Stadtverordnete Michél Berlin nach den Möglichkeiten. Potsdam hat 56 Zahlungsterminals für bargeldlosen Verkehr und eine ähnliche Anzahl an Zahlstellen. Das erklärte der Beigeordnete für Finanzen, Investitionen und Controlling, Burkhard Exner. Wegen der andauernden IT-Probleme war das bargeldlose Zahlenjedoch eine zeitlang nicht möglich . Momentan befinde sich das System im Testbetrieb. Es wird damit gerechnet, dass es bald von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann.

Uferweg kommt später

Nach langem Anlauf, verbunden mit vielen Schwierigkeiten, soll in diesem Jahr endlich der Bau des Uferwegs hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße beginnen. Der Abgeordnete der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, fragte die Verwaltung ob es gesichert ist, dass im ersten Halbjahr 2020 mit dem Bau des Uferwegs begonnen wird. Die ernüchternde Antwort lautet: Nein, erst im Oktober kann mit den vorbereitenden Baumaßnahmen begonnen werden. Ein Grund für die Verzögerungen ist die momentane Vegetationsphase, in der die baulichen Maßnahmen nicht ergriffen werden dürfen. Ein anderer wichtiger Grund sind fehlende Förderzusagen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Stadt macht regelmäßig Druck, kann aber das Verfahren nicht beschleunigen. Der Bau des Uferwegs soll im Jahr 2021 vollständig abgeschlossen werden.

Wohnungstauschzentrale

Endlich: Die geplante Wohnungstauschzentrale startet nun Ende März! Nach langem Anlauf, verbunden mit verschiedenen Umwegen, soll im 1.Quartal 2020 die von der LINKEN lange geforderte Wohnungstauschzentrale an den Start gehen. Der Stadtverordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wollte von der Verwaltung wissen,

wann genau die Tauschzentrale für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird? Darauf antwortete die Sozialbeigeordnete Brigitte Meier, dass nun ein Betreiber ausgewähl worden seit, so dass die Wohnungstauschzentrale am 31. März eröffnet werden kann. Die Zentrale befindet sich zukünftig in der Yorckstraße. Diese Einrichtung bedeutet für die Wohnungssuchenden der Landeshauptstadt einen großen Schritt nach vorn.

Rauchverbot an Haltestellen

Seit 2013 gibt es Bemühungen in der Landeshauptstadt, an und in den Haltestellen des ÖPNV ein Rauchverbot einzuführen. Dieses kann aber nicht auf der kommunalen Ebene gelöst werden. Die notwendige Grundlage kann aber durch eine landesrechtliche Regelung geschaffen werden. Jetzt hat der Landtag auf der Basis eines Antrags der Linksfraktion einen Prüfauftrag an die Landesregierung ausgesprochen, in dem die aufgefordert wird, Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen aufzunehmen. Der Stadtverordnete Der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, möchte von der Verwaltung wissen, wie sich die Landeshauptstadt an dem Prüfverfahren des Landes zur Einführung eines Rauchverbots an und in Haltestellen des ÖPNV beteiligen wird. Potsdam ist interessiert, mit dem Land gemeinsam eine schnelle Klärung zu erreichen, so der Baubeigeordnete Bernd Rubelt. Des Weitern führt der Oberbürgermeister die von der SVV beauftragten Gespräche mit den märkischen Landkreisen und kreisfreien Städten, um gemeinsam eine tragbare Regelung zu finden.

Spenden fürs Tierheim

Der Tierschutzverein müht sich seit Jahren, das Tierheim an der Michendorfer Chaussee herzurichten. Viele Potsdamer haben vor Ort geholfen und auch erhebliche Spenden dafür eingezahlt, die von der Stadt Potsdam verwahrt werden. Wann endlich erfolgt die Auszahlung der Potsdamer Spendengelder an den mit dem Aufbau des Tierheimes befassten Tierschutzverein, möchte der Stadtverordnete Ralf Jäkel wissen. Potsdam gibt die Tierheimspenden und die bereit stehenden Investitionsmittel für das neue Tierheim an der Michendorfer Chausse frei. Hauptproblem war es laut der Beigeordneten Brigitte Meier, dass schon vor Auszahlung der Investitionsmittel mit den Bauarbeiten begonnen wurde. Die Stadt und der Tierschutzverein haben sich geeinigt, die Zuschüsse für die Ausstattung der Einrichtung zu zahlen. Der Antrag liege vor, am 9. März solle der Zuwendungsbescheid an den Verein gehen.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Der Bundesrat hat am 14.02.2020 beschlossen, dass auf Schutzstreifen für den Radverkehr ein generelles Halteverbot gilt. Zudem sind eigene Fahrradzonen und Grünpfeile ausschließlich für Radfahrerinnen und Radfahrer möglich. Zusätzlich passt die Verordnung den Bußgeldkatalog an. Teurer werden insbesondere die Geldbußen für unzulässiges Halten auf Schutzstreifen für den Radverkehr, ebenso wie das Parken auf Geh- und Radwegen.
Wie gedenkt die Landeshauptstadt Potsdam die neue Regelung dauerhaft und nachhaltig umzusetzen, wollte der Stadtverordnete Sascha Krämer von der Verwaltung wissen. Das Ordnungsamt gehe vermehrt auf Streife. An allen Brennpunkten wird regelmäßig kontrolliert. Die bisherigen Erfahrungen und Feststellungen des Ordnungsamts zeigen, dass es annährend gleich viele Fahrzeughalter gibt, die auf Radfahrstreifen bzw. Schutzstreifen parken. Die Außendienstmitarbeitenden verwarnen täglich die entsprechenden Kfz-Halter. Die Ahndung und Ermahnungen führen in der Konsequenz bisher nicht zum Wegfall bzw. zumindest zu einer spürbaren Abnahme des rechtswidrigen Verhaltens. Es bleibt abzuwarten, ob die durch das Bundesverkehrsministerium angestrebte Erhöhung des Bußgelds für das Falschparken auf Radverkehrsanlagen, bei Aufnahme im Bußgeldkatalog eine Verhaltensänderung der Kfz-Halter mit sich bringen wird. In Abwägung der Verhältnismäßigkeit soll auch das Abschleppen der Autos in Betracht gezogen werden.

Beschlossen

Uferwegebeauftragter

Nach langem Ringen und zahlreichen Anfragen durch die Stadtverordneten der LINKEN ist die bereits beschlossene Stelle des Uferwegebeauftraten nun seit Mittwoch ausgeschrieben und wird zeitnah besetzt werden können. Damit ist ein guter Schirtt in Richtung für die Allgemeinheit nutzbare Uferwege in der Stadt Potsdam getan.

Aufgabengerechte Personalausstattung

In den vergangenen Stadtverordnetenversammlungen sind zahlreiche gute Beschlüsse gefasst worden, vor allem im Bereich Wohnen, wie beispielsweise die Satzung zum Wohnraumzweckentfremdungsverbo, die Prüfung eines Mietendeckels, die Evaluierung des Wohnungskonzepts mit all seinen Schlussfolgerungen. Um die unverzügliche Umsetzung dieser Aufträge sichern zu können, braucht es dringend Maßnahmen zur Personalverstärkung in der Verwaltung. DIE LINKE beantragte daher, schnell zu handeln, was die Stadtverordnetenversammlung auch ohne Umweg über einen der Ausschüsse beschlossen hat.

Überwiesen

Kosten für das Mittagessen in Potsdamer Horteinrichtungen

In Potsdam gibt es einige Grundschulen, die als offene Ganztagsschulen funktionieren und mit angegliederten Horten zusammen arbeiten. In diesem Modell ist eine Mittagsverpflegung für die Schüler*innen anzubieten, die jedoch nicht unter das Schulgesetz„ sondern unter das Kita Gesetz fällt, was jedoch laut einer Anfrage der Linksfraktion nicht an allen diesen Schulen Anwendung findet. DIE LINKE beantragte aus diesem Grund, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die gesetzeskonforme Mittagsverpflegung für die betroffenen Grundschüler herzustellen. Das beinhaltet neben den Kosten, die in den meisten Fällen über 3 Euro pro Essen liegen, auch, dass die Eltern keinen eigenen Vertrag mit dem Essensanbieter abschließen müssen, da eine Kooperation zwischen Schule und Hort besteht. Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung nun zunächst in den Jugendhilfeausschuss überwiesen. Wir werden uns weiter für eine gesetzeskonforme und für die Eltern faire Regelung einsetzen.

Friedhof für Krampnitz

Wer einen neuen Stadtteil entwickeln will, darf nicht nur an Wohnhäuser denken. In der Vergangenheit sind für Krampnitz zahlreiche Anträge gestellt worden, was es dort alles braucht. Neben Wohnbebauung natürlich auch Infrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, Kitas und eine Schule, Sportplätze und natürlich, was die Menschen gern nicht wahrhaben wollen, auch einen Friedhof. Krampnitz gehört zu Fahrland, dementsprechend gehört auch der Fahrländer Friedhof in die Diskussion. Dieser erhällt laut Bebauungsplan jedoch nur eine unzureichende Fläche zur Erweiterung. Diese deckt, laut einer kleinen Anfrage jedoch nur 12-16% des Bedarfes des recht großen Stadtteils Krampnitz ab. Daraus leitet sich in den Augen der Stadtverordneten der LINKEN ab, dass Krampnitz einen eigenen Friedhof benötigt. Dieser soll im Bebauungsplan vor Ort eingeplant werden und der Stadtverordnetenversammlung präsentiert werden. In der „Stadt der kurzen Wege“ gehört es auch dazu, auch dafür nicht erst in den entfernten anderen Teil der Stadt zu müssen.

Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr
09.; 16.; 23.; 30. März 2020: 06. April 2020

09. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
IHK, Brandenburgsaal
01. April 2020, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live
05. April 2020, Beginn 10 Uhr
Bürgerhaus Sternzeichen, Galileistraße 37-39, 14480 Potsdam

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 3/2020
10. bis 14. April 2020 (außer Sa. und So.)

Bürgersprechstunde von Stefan Wollenberg, Fraktionsvorsitzender
Am 12. März 2020 ab 16:30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Zeppelinstraße 7
Voranmeldungen sind möglich unter:
Telefon: 0331-2893051 oder
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Bürgersprechstunde Dr. Sigrid Müller, Fraktionsvorsitzende
Am 25. März 2020, von 14 bis 16 Uhr; Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81
Voranmeldungen sind möglich unter:
Telefon: 2893051
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie den Rathausreport abonnieren möchten, senden Sie bis zum Jahresende 2019 für die 4 Ausgaben im ersten Halbjahr 2020 vier Briefmarken á 1,20 Euro an die Fraktion DIE LINKE.

Rathausreport live

Babelsberger Frühschoppen am Frauentag



Ausgerechnet am Internationalen Frauentag, am 8. März, hatte die Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament Potsdams zum politischen Frühschoppen eingeladen. Neben dem Fraktionsvorsitzenden Stefan Wollenberg war die Babelsberger Stadtverordnete Dr. Anja Günther im Kino-Cafe Konsum am Thalia-Kino dabei. Und so nutzte Wollenberg die Gelegenheit, die Frauen zu beglückwünschen und mit gutem Getränk anzustoßen (Foto). Traditionell stand zu Beginn der Bericht über die 8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf der Tagesordnung. Verglichen mit anderen derartigen Beratungen verlief die SVV dieses Mal „recht unspektakulär“, so Stefan Wollenberg. Und das erste Mal für eine bis dato ungewisse Zeit in neuen Räumlichkeiten – im „Brandenburgsaal“ der IHK Potsdam an der Breiten Straße. Als Plus sei hervorzuheben, dass der Saal barrierefrei zu erreichen und mehr Platz für Zuschauer sei, so Wollenberg.
Im Wesentlichen standen die Themen im Mittelpunkt, die unsere Leser*innen auch den vorliegenden Seiten des „Rathausreports“ entnehmen können. Hervorzuheben der Dringlichkeitsantrag der LINKEN zur Aufnahme geflüchteter Kinder. Hier fehlt die endgültige Entscheidung der Bundesregierung. Die Bereitschaft der Stadt ist vorhanden, als eine von 140 bundesdeutschen Städten im Rahmen der Aktion „Sichere Häfen“. Diesem Antrag wurde von allen Stadtverordneten zugestimmt - außer von denen der AfD.
Natürlich hatten die Babelsberger besonderes Interesse am 2. Teil der Veranstaltung. Denn hier wurden Babelsberger Themen behandelt. Mit Fahrradstraßen wollen die städtischen Verkehrsplaner Potsdam fahrradfreundlicher machen. Mit der Fahrradstraße in der Stahnsdorfer Straße werde quasi der Campus Griebnitzsee als auch der Medienpark Babelsberg direkt angebunden.
Ein weiteres Thema war das des Gemeinschaftswohnprojektes Wollestraße 52. Die Hausgruppe hatte bekanntlich Anfang Januar 2020 das Handtuch geworfen. Die entsprechende Vorlage wurde wieder in die Ausschüsse verwiesen.
Weiter gings um das Debakel um den Grundstückstausch im Babelsberger Park – die Verlegung und Verkleinerung des Strandbades und des Seesportclubs. Hierzu hatte die Fraktion zwei Ehrenamtler aus dem Sportverein eingeladen, die über haltlose Zustände – quasi „zwischen Baum und Borke“ – berichteten. Die Verlegung des Strandbades ist schon länger ein Thema in Babelsberg. Hatten doch Generationen in diesem Strandbad ihre Kindheit und Jugend genießen können. Die Vertreter des Seesportvereines: „Wir sind alles Ehrenamtler und wollen Sport machen. Seit Jahren schlagen wir uns jedoch mit Verwaltungsbürokratie rum.“ Letztlich gehe es jetzt um die Baugenehmigung für den Neubau, damit dann bis 2023 alles unter Dach und Fach sei. Stefan Wollenberg nahm die Probleme des Vereins auf. Bm

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19
Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.